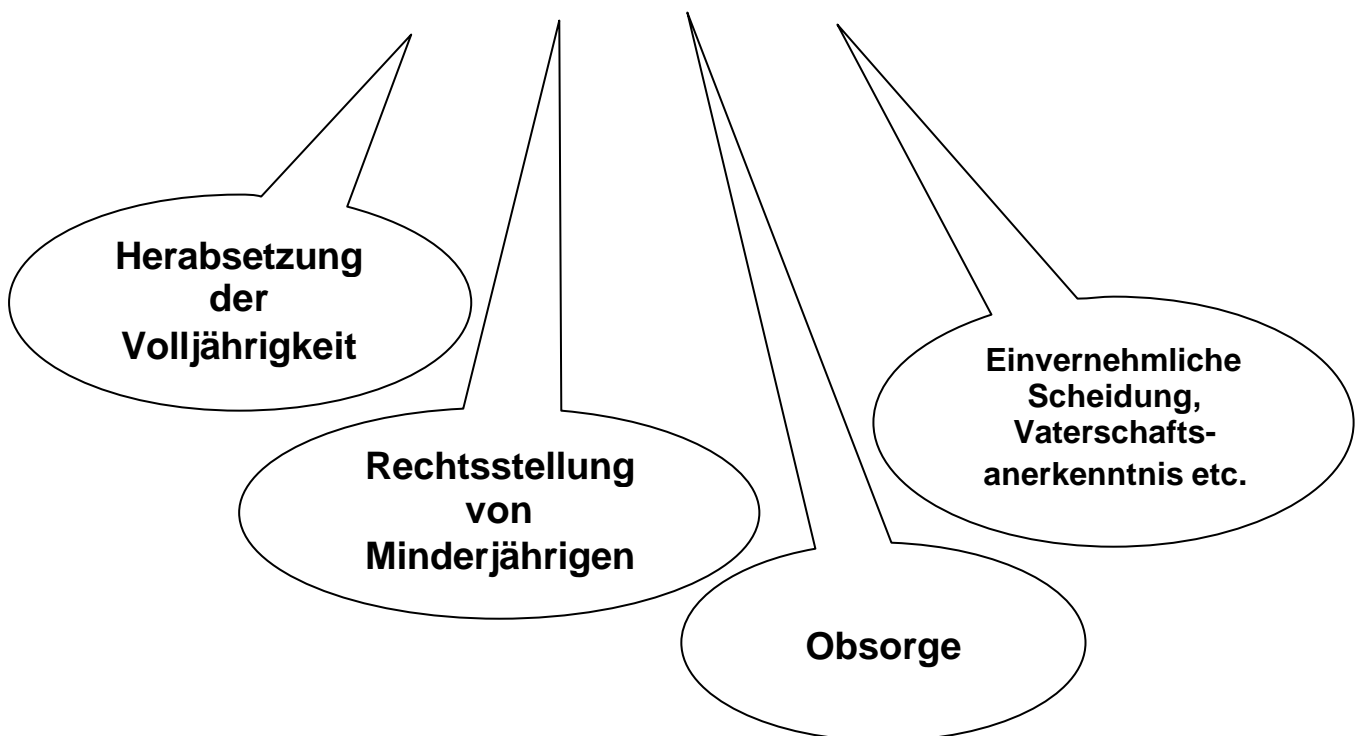


# Neuerungen im Kindschaftsrecht ab 1.7.2001

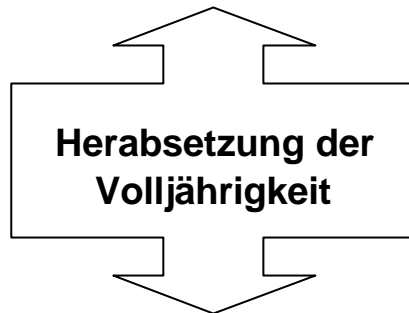
(KindRÄG 2001)

## Die wichtigsten Reformbereiche



135. Bundesgesetz, mit dem das allgemeine bürgerliche Gesetzbuch, das Ehegesetz, das Unterhaltsvorschußgesetz, die Jurisdiktionsnorm, die Zivilprozeßordnung, das Außerstreitgesetz, das Rechtspflegergesetz, die Exekutionsordnung, das Personenstandsgesetz, das Bundesgesetz über das internationale Privatrecht, das Gerichtsgebührengesetz, die vierte Durchführungsverordnung zum Ehegesetz, das Jugendwohlfahrtsgesetz 1989, das Bankwesengesetz und das Krankenanstaltengesetz geändert werden.  
(Kindschaftsrechts-Änderungsgesetz 2001 – KindRÄG 2001)

Unmündige		Minderjährige				Erwachsene			
-	14	15	16	17	18	19	20	21	+
/ .....						..... Ehemündigkeit			



**Keine Unterscheidung mehr zwischen mündigen  
und unmündigen Minderjährigen !**

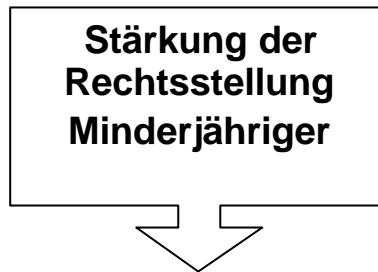
Minderjährigkeit:

„Minderjährige sind Personen, die das **18. Lebensjahr** noch nicht vollendet haben; haben sie das **14. Lebensjahr** noch nicht vollendet, so sind sie unmündig.“ (§ 21 Abs. 2 ABGB)

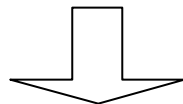
Ehemündigkeit:

„(1) Personen, die das **18. Lebensjahr** vollendet haben, sind ehemündig.  
(2) Das Gericht hat eine Person, die das **16. Lebensjahr** vollendet hat, auf ihren Antrag für ehemündig zu erklären, wenn der künftige Ehegatte **volljährig** ist und sie für die Ehe reif erscheint.“ (§ 1 EheG)

Unmündige		Minderjährige				Erwachsene			
-	14	15	16	17	18	19	20	21	+
						..... Ehemündigkeit			



1. Bedachtnahme auf den **Willen des Kindes** in Pflege und Erziehung
2. **Recht** des Kindes auf **persönlichen Verkehr** mit dem getrennt lebenden Elternteil
3. **Besuchsbegleitung**
4. Selbständige **Handlungsfähigkeit** vor Gericht im Pflegschaftsverfahren



Zugang zum Recht wird für Minderjährige erleichtert

**Antragsrecht  
Recht auf Stellungnahme**

5. **Medizinische Heilbehandlung** nicht ohne Zustimmung des Minderjährigen (Einsichts- und Urteilsfähigkeit wird ab 14 J. jedenfalls angenommen)

**Wichtig !** Gilt auch für:

- Diagnose
- Prophylaxe
- kosmetische Operationen
- Transfusionen
- Medikamentenverabreichung etc.

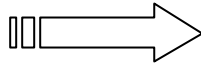
6. Ausnahme **Sterilisationsverbot** :

„Weder ein minderjähriges Kind noch die Eltern können in eine medizinische Maßnahme, die eine dauernde Fortpflanzungsunfähigkeit des minderjährigen Kindes zum Ziel hat, einwilligen.“  
(§ 146 d ABGB)

Unmündige		Minderjährige				Erwachsene			
-	14	15	16	17	18	19	20	21	+
						..... Ehemündigkeit			

## Obsorge

Begriff

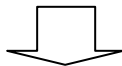


1. Pflege und Erziehung
2. Vermögensverwaltung
3. Gesetzliche Vertretung

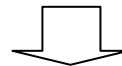
**Obsorge weniger als elterliches Recht, sondern als Ausdruck elterlicher Verantwortung !**

### Neuregelung der Obsorge

1. Gemeinsame Obsorge nach Trennung / Scheidung der Eltern möglich
2. Neuregelungen zur Obsorge von Eltern in Lebensgemeinschaft und von getrennt lebenden außerehelichen Eltern
3. Entziehung und Einschränkung der Obsorge durch Verfügungen des Gerichts bei Gefährdung des Kindeswohls
4. Differenzierte Regelungen der Obsorge sind möglich (1 Teil immer zur Gänze !)
5. Wohlverhaltensklausel
6. Informations- und Äußerungsrechte; Verständigungspflicht in **wichtigen Angelegenheiten** und bei **beabsichtigten Maßnahmen**



lebensbedrohliche Erkrankung  
Drogenmißbrauch, Straffälligkeit  
Schulerfolg, Schulwechsel, Sprachferien  
Vermögensbelange, Liegenschaften



Namensänderung, Staatsangehörigkeit  
Lehr- u. Arbeitsvertrag, Klagserhebung  
Erbschaft, Schenkung  
Religionsbekenntnis (Änderung)

7. Urkunden über den Umfang der Obsorge

Unmündige		Minderjährige				Erwachsene			
-	14	15	16	17	18	19	20	21	+
						..... Ehemündigkeit			

Aus der Neuregelung der Obsorge ergeben sich

## neue Voraussetzungen für die „Einvernehmliche Scheidung“

Abweichend von bisherigen Regelungen müssen im Falle einer sog. „Einvernehmlichen Scheidung“ (§ 55a EheG) die folgenden Umstände in einer schriftlichen und von der Pflegschaftsbehörde genehmigten Vereinbarung geregelt werden:

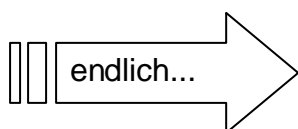
1. Der hauptsächliche Aufenthalt der Kinder bzw. die Obsorge
2. Die Ausübung des persönlichen Verkehrs (Besuchsregelung)
3. Die Unterhaltungspflicht hinsichtlich der gemeinsamen Kinder
4. Die Vermögensrechtlichen gegenseitigen Ansprüche

Erst nach Vorliegen dieser Vereinbarung darf eine Ehe im Sinne des § 55 a (1) EheG (Lebensgemeinschaft seit min. ½ Jahr aufgehoben, unheilbare Zerrüttung, Einvernehmen über die Scheidung) geschieden werden.

**Ausnahme:** Einer solchen Vereinbarung bedarf es nicht, soweit bereits rechtskräftige gerichtliche Entscheidungen über einzelne Punkte vorliegen

## Ehelichkeitsvermutung und Vaterschaftsanerkenntnis

„Ein zu einem Zeitpunkt, zu dem die Vaterschaft eines anderen Mannes feststand, abgegebenes Vaterschaftsanerkenntnis wird ... **rechtswirksam**, wenn die Mutter den Anerkennenden **als Vater bezeichnet** und das **Kind dem Anerkenntnis zustimmt**.“ (§ 163 e Abs. 2 ABGB)



Kein Verfahren gegen das Kind durch Ehelichkeitsbestreitungsklage (mit Frist von 1 Jahr ab Kenntnis) erforderlich !